

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Dezember 2005
– Drucksache 13/5022**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2004 des Rechnungshofs zur Landeshaus-
haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-
haltsjahr 2002 (Nr. 10)
– Verbesserung für Tarifbeschäftigte bei der Polizei
durch das Nichtvollzugskonzept**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

1. von der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Dezember 2005 – Druck-
sache 13/5022 – Kenntnis zu nehmen;
2. die Landesregierung zu ersuchen,
dem Landtag bis 31. Dezember 2007 erneut zu berichten.

23. 11. 2006

Die Berichterstatterin:

Ursula Lazarus

Der Vorsitzende:

Ingo Rust

Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilung Drucksache 13/5022 in seiner
4. Sitzung am 23. November 2006.

Der Berichterstatter für den Finanzausschuss trug vor, gemäß Ziffer 1 des Landtagsbeschlusses vom April 2005, auf den sich der vorliegende Bericht beziehe, sei das Gesamtvolumen des Nichtvollzugskonzepts um 1 Million € zu verringern. Um dieses Ziel zu erreichen, würden auch 2006 Einsparungen erbracht. Allerdings habe die in Ziffer 2 geforderte Konzeption nicht erarbeitet werden können, da es eine Ungleichverteilung bei den Landespolizeidirektionen gebe und das Aufgabenspektrum für Tarifbeschäftigte nicht genau definiert sei. Ferner habe der Landtag in Ziffer 3 seines Beschlusses verlangt, Beförderungen in Zukunft genau zu begründen und die Arbeitsbereiche darzustellen. Dies sei noch nicht umfassend geschehen.

Vor diesem Hintergrund schlage er folgende Beschlussempfehlung an das Plenum vor:

Der Landtag wolle beschließen,

- 1. von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 13/5022, Kenntnis zu nehmen;*
- 2. die Landesregierung zu ersuchen,*
dem Landtag bis 31. Dezember 2007 erneut zu berichten.

Ohne weitere Aussprache stimmte der Ausschuss diesem Vorschlag einstimmig zu.

29. 11. 2006

Berichterstatterin:

Ursula Lazarus